

Maputo, Mosambik.

Mit internationaler Zusammenarbeit der Repression trotzen

Die mosambikanische Aktivistin Denise Namburete lebt in einem Land, das von illegalen Krediten der Credit Suisse stark gezeichnet ist. Ein Gespräch über den Zusammenhang der Schweizer Grossbank und zunehmender Repression im südostafrikanischen Land – und wie Aktivist*innen unter diesen Umständen erfolgreich auf internationale Netzwerke zurückgreifen.

von Olivier Christe



Mosambik befindet sich seit 2016 in einer umfassenden Finanzkrise, ausgelöst durch illegale Kredite der Credit Suisse und korrupte mosambikanische Politiker wie den ehemaligen Finanzminister Manuel Chang. In Südafrika wird zurzeit über dessen Auslieferung an die

USA entschieden. In New York zeigen währenddessen Zeugen aussagen vor Gericht Changs Mitwisserschaft sowie jene der CS. Was bedeutet das für dich?

Es bedeutet einerseits, dass die juristische Aufarbeitung der illegalen Kredite von Credit Suisse in Mosambik voranschreitet. Andererseits heisst es für mich, dass die Sicherheitsrisiken für mich steigen, während wir in Richtung finaler Entscheidung durch die Gerichte schreiten.

Was fürchtest du?

Physische Gewalt. Ich wurde mehrfach verfolgt, meine elektronischen Geräte werden überwacht. Dass ein süd-afrikanisches Gericht in einem Zwischenschritt zum Fall Chang zum Beispiel gerade erst zugunsten von FMO entschied – dem NGO-Zusammenschluss «Budget Monitoring Forum», für den ich arbeite –, steigerte mein Risiko zusätzlich und ich musste fliehen. Für meinen Schutz und den anderer Menschen muss ich im Folgenden deshalb

weitgehend von persönlichen Informationen absehen.

Wer steckt dahinter?

Repression ist üblich in Mosambik. Teile der Regierung haben kein Interesse an einer Aufarbeitung des Falls. Die aktuelle Regierung wird durch jene Partei gebildet, die mindestens 10 Millionen USD an Bestechungsgeldern für den Betrug erhalten hat, wie gegenwärtige Erkenntnisse aus dem Gerichtsverfahren in New York ergeben.

öffentlich kaum noch Positionen ein. Sie konfrontieren die Elite nicht, was die Möglichkeit einer Lösung und Verantwortung zugunsten der mosambikanischen Bevölkerung reduziert. Credit Suisse ist dafür vollumfänglich mitverantwortlich, da sie die illegalen Kredite und Eurobonds im Wissen arrangiert haben, dass Mosambik diese nicht bezahlen werden kann.

Du warst diesen Frühling in der Schweiz und hast an der GV von Credit Suisse vorgeschprochen.

Wie war das?

Die Aktionär*innen zeigten sich interessiert und liessen verlauten, dass ihnen daran gelegen sei, eine vernünftige Lösung für Mosambik zu finden. Zwei Tage nach der GV hatte unsere Delegation ein Gespräch mit dem Rechtsausschuss der Bank. Dieser zeigte wenig Interesse an unserem Fall und machte klar, dass CS diese Schulden nicht streichen werde. Dieses Desinteresse wird umso deutlicher nach den jüngsten Schuldbekennnissen von CS-Bankern im US-Gerichtsfall, die klar zeigen, dass die Bank schon sehr früh über die Kredite im Bilde war.

Die Folgen der Repression sind vielfältig. Die Menschen nehmen öffentlich kaum noch Positionen ein.

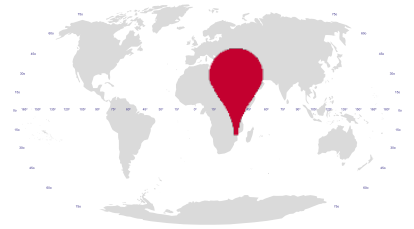
Wir haben 2017 einen Protest gegen die illegalen Kredite organisiert. Die zivilgesellschaftliche Beteiligung war jedoch gering. Die Menschen fürchten Repression.

Seither beschränkt sich der Protest auf zivilgesellschaftliche Gruppierungen oder Menschen, die ihre Stimme in den sozialen Netzwerken erheben. Die Folgen der Repression sind vielfältig: Die Menschen nehmen

Unternehmen wie Credit Suisse arbeiten global. FMO ist ein Zusammenschluss lokaler NGOs. Welche Möglichkeiten bieten sich, wenn die Bank die Augen verschliesst?

Wichtig ist, dass wir unsere Fähigkeiten realistisch einschätzen und im Sinne des Falls arbeiten. Der Aufbau von Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist

Als eine Vertreterin des Civil Society Budget Forum (FMO), eines Netzwerks von 21 Nichtregierungsorganisationen aus Mosambik für öffentliche Finanztransparenz, kämpft **Denise Namburete** für die Aufarbeitung der illegalen Kreditvergabe durch die Credit Suisse (siehe Box). Namburete ist Direktorin von N'weti, einer nichtstaatlichen Organisation mit Sitz in Maputo, die darauf abzielt, zu einer besseren Gesundheit der Bürger*innen und der mosambikanischen Gemeinschaften beizutragen.



Globalen Norden ist besonders wichtig, da dies den Zugang zu den an diesem Fall beteiligten Gerichtsbarkeiten ermöglicht.

Auf der anderen Seite sehen wir täglich, was diese illegalen Schulden vor Ort auslösen. Das Gesundheitssystem ist in Mosambik sehr schlecht geworden.

Es fehlt an medizinischer Versorgung und an Medikamenten. So gibt es Gesundheitseinrichtungen, die seit zwei Jahren ohne Medikamente auskommen müssen. Auch das Bildungssystem ist stark betroffen. Wir sehen unsere Aufgabe deshalb darin, weltweit unterschiedliche Kenntnisse und Fähigkeiten mit der Dringlichkeit vor Ort zu verbinden.

Nach den Zeugenaussagen in New York von Ende Oktober ist der CS-Aktienkurs deutlich gesunken. Er hat sich inzwischen wieder erholt, aber das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Du beschreibst ein Land, das von den Schulden schwer gezeichnet ist. Während Armut und Repression zunehmen, zieht sich die juristische Aufarbeitung in die Länge. Wie gehst du damit um?

Ich muss mich jeden Tag aufs Neue antreiben. Entscheidend hierfür ist das Leiden der Menschen in Mosambik sowie die Qualität der internationalen Allianzen, die wir eingegangen sind. Auch und gerade wenn die Repression zunimmt. Ziel dieser Repression ist es ja, den Fall unter den Teppich zu kehren. Dass dies trotz der Anstrengungen nicht gelingt, gibt uns Mut zum Weitermachen.

Viel bedeutender als Wut ist Angst. Es hilft, ständig aufmerksam zu bleiben.

Ist Wut eine andere Energiequelle?

Nein, meine Herausforderung besteht vielmehr, diese zu kontrollieren. Ich muss jede Sekunde über meine Schultern blicken. Unkontrollierte Wut ist da gefährlich. Aber wenn wir über Gefühle sprechen: Viel bedeutender als Wut ist Angst. Es hilft, ständig aufmerksam zu bleiben.

Um Angst produktiv umzuwandeln, sind vor allem gute Sicherheitsvorkehrungen notwendig. Wir müssen uns über die Gefahren im Klaren sein und diese antizipieren.

Die Schweizer Staatsanwaltschaft blieb bislang inaktiv. Nun prüft sie den Fall als Folge des internationalen Drucks. Was braucht es, damit sich dies beschleunigt?

Menschen in der Schweiz müssen Lärm machen und auf die Ermittlungen der Finanzmarktaufsicht und der Bundesanwaltschaft drängen. Sie müssen sicherstellen, dass die Schweizer Regierung öffentlich gegen diese illegalen Praktiken Stellung bezieht. Kurz: Der Skandal muss sichtbar werden.

Kein Handeln der Schweizer Bevölkerung und ihrer Regierung bedeutet für die Menschen in Mosambik, dass diese das CS-System zum Betrug des Globalen Südens gutheissen.

Hintergrund:

Mosambik am Paradeplatz

Gemeinsam mit der russischen Bank VTB Capital hat die Credit Suisse 2013 und 2014 gesamthaft Kredite über zwei Milliarden Dollar an drei halbstaatliche mosambikanische Firmen vermittelt. Treibende Kraft war die Schiffsbau-Firma Prinvest mit Sitz in Beirut und Abu Dhabi, die in Mosambik Schiffe für ein Küstenschutzprojekt und den Thunfischfang bauen wollte. Die Schiffe waren um mindestens 700 Millionen Dollar überteuert, mindestens 200 Millionen wurden in Schmiergelder investiert, und von weiteren 500 Millionen fehlt noch immer jede Spur. Die drei Firmen waren nie rentabel. Ob der mosambikanische Staat aufgrund einer verfassungswidrigen Staatsgarantie für die Schulden einspringen muss, ist eine offene juristische Frage. Weil die Kredite geheim gehalten worden waren, stoppten der IWF und Gläubigerstaaten – darunter die Schweiz – fast die gesamte Budgethilfe. Im Oktober 2016 erklärte Mosambik deswegen seine Zahlungsunfähigkeit. Das Land kann die Schulden auch heute nicht bedienen – 2 Milliarden Dollar entsprechen rund der Hälfte des jährlichen Staatsbudgets. Ein Bericht des unabhängigen Wirtschaftsprüfers Kroll zeigt, dass interne Kontrollstellen der Credit Suisse versagt haben. Gegenüber der US-amerikanischen Justiz gaben drei CS-Banker zu, Schmiergelder entgegengenommen zu haben. In einem eben erst zu Ende gegangenen Prozess in New York gegen Prinvest-Verkaufschef Jean Boustani wurde deutlich, dass die CS sehr früh um Ungereimtheiten im Zusammenhang mit den Krediten gewusst haben muss.

Das Interview wurde auf Englisch geführt.